

**Protokoll
über die 25. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 06.04.2006**

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 20:20 Uhr

Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 6.046 (Aufzug D)

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna	Die Linkspartei.PDS
Lüdtke, Hannelore	SPD
Meslien, Daniel	SPD
Nagel, Cornelia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian	CDU
Woywode, Robert	CDU

stellvertretende Mitglieder

Hubert, Rudolf	
Marksteiner, Klaus	Die Linkspartei.PDS
Schulz, Andreas	Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter
Pawlitzok, Heinz

Verwaltung

Block, Steffen
Subke, Bärbel
Winter, Annika

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 24. Sitzung vom 09.03.2006
3. Mitteilungen der Verwaltung
- 3.1. Bericht der Verwaltung über das Informationsgespräch am 14.02.2006 zum Thema Zukunftswerkstatt
4. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
5. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss
- 5.1. Schwerin Card
Vorlage: 00885/2005
- 5.2. Leistungsentgeltvereinbarungen für die Kindertagesbetreuung für das Jahr 2006
Vorlage: 01036/2006
6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die 25. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Einladung wurde fristgerecht zugestellt. Die Tagesordnung wird um die Vorlage "Leistungsentgeltvereinbarungen für die Kindertagesbetreuung für das Jahr 2006" ergänzt.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen der Tagesordnung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 24. Sitzung vom 09.03.2006**

Bemerkungen:

zu 4 "Bericht der Verwaltung zur Sicherstellung der Sozialarbeit an der Regionalschule "Erich Weinert"

Herr Hubert erinnert die Ausschussmitglieder daran, dass er seinerseits auf die ausschließliche Kompetenz des Jugendhilfeausschusses in dieser Angelegenheit hingewiesen hat und bittet um entsprechende Ergänzung im Protokoll.

zu 7 "Sonstiges", 2. Anstrich

Herr Pawlitzok informiert darüber, dass der Vorstand des Seniorenbeirates den Kompromissvorschlag wohlwollend zur Kenntnis genommen hat und die in Aussicht gestellte Teilnahme der Ausschussvorsitzenden, Frau Sembritzki, gemeinsam mit Herrn Block an der nächsten Beratung des Seniorenbeirates begrüßt.

Beschluss:

Mit dieser Ergänzung wird die Sitzungsniederschrift einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 **Mitteilungen der Verwaltung**

Bemerkungen:

Die Verwaltung nimmt zunächst Bezug auf den TOP 5 "Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II" der letzten Sitzung.

- Welches Zeitraster ist für das Gespräch mit dem Bürger in der ARGE vorgesehen?
Es werden durchschnittlich 45 – 60 Minuten für das Gespräch mit dem Bürger benötigt. Aufgrund der extrem hohen Fallzahl muss die Gesprächsdauer auf diesen Zeitrahmen beschränkt werden.
- Anhörung Beteiligter
Die Anhörung Beteiligter ist im § 24 SGB X eindeutig geregelt. Der Terminus ist somit von der Behörde anzuwenden und kann nicht geändert werden. Darüber hinaus wird von der Verwaltung auf die in Einzelfällen vorgenommene persönliche Anhörung Betroffener hingewiesen. Dennoch kann nicht jedem persönlichen Anhörungswunsch entsprochen werden.

Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen für Unterkunft und Heizung

Die Verwaltung informiert, dass die KdU-Richtlinie zwischenzeitlich auch im Bereich des SGB XII Anwendung findet und die Überprüfung und Anhörung der Betroffenen abgeschlossen ist. Es wird versichert, dass aufgrund der Spezifik des Personenkreis noch behutsamer mit der Thematik umgegangen wird. Über das weitere Verfahren wird die Verwaltung zu gegebener Zeit berichten.

Sozialarbeit an der Regionalschule "Erich Weinert"

Die Leiterin des Amtes für Jugend, Schule, Sport und Freizeit, Frau Heike Seifert, berichtet über den aktuellen Sachstand. Demnach kann der Forderung, eine volle Stelle für Schulsozialarbeit einzurichten, aufgrund der finanziellen Situation nicht entsprochen werden. Alternativ soll durch einen noch zu bestimmenden freien Träger vor Ort Projektarbeit sichergestellt werden, was auch der Intention des von der Stadtvertretung beschlossenen "Strategiepapiers zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit unter der Maßgabe des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 bis 2006" entspricht.

In der sich anschließenden Diskussion wird vor allem auf die aktuellen Ereignisse an einer Berliner Schule Bezug genommen und darauf verwiesen, dass es sich bei der Erich-Weinert-Schule um die größte Regionalschule in der Stadt Schwerin handelt. Die Ausschussmitglieder entschließen sich dazu, dem Hauptausschuss ihre Forderung nach einer vollen Schulsozialarbeit nochmals schriftlich mitzuteilen.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 3.1 **Bericht der Verwaltung über das Informationsgespräch am 14.02.2006 zum Thema Zukunftswerkstatt**

Bemerkungen:

Die Verwaltung korrigiert zunächst den Termin des Informationsgespräches mit dem Vereinsvorstand vom 14.02.2006 auf den 02.03.2006. Ein weiteres Abstimmungsgespräch fand am 29.03.2006 zwischen dem Geschäftsführer der

Zukunftswerkstatt, Herrn Peter Wolf, und dem Leiter des Amtes für Soziales und Wohnen, Herrn Steffen Block, statt.

Ziel ist es, die Gleichwertigkeit der Zukunftswerkstatt in der Trägerlandschaft Schwerins herzustellen. In diesem Sinne soll die bestehende Vereinbarung im gegenseitigen Einvernehmen geändert bzw. angepasst werden. Unabhängig davon soll die Frage der Integration in einem Trägerverbund weiterhin geprüft werden.

Vorgesehen ist, Arbeitsgelegenheiten nach den Bestimmungen des SGB II für Zwecke der Landeshauptstadt Schwerin und ihrer Eigenbetriebe von der Zukunftswerkstatt durchführen zu lassen. Da diese Aufgabe allein auf Dauer nicht den Bestand der Zukunftswerkstatt in finanzieller Hinsicht sichern kann, muss der Verein weitere Betätigungsfelder erschließen.

In dem Gespräch mit dem Geschäftsführer wurde sich dahingehend verständigt, die für die Fortführung der bestehenden Maßnahmen erforderlichen finanziellen Mittel auszureichen. Die Maßnahmen werden vereinbarungsgemäß auslaufen.

Herr Baumotte äußert seine Verwunderung darüber, dass es seit Bestehen der Zukunftswerkstatt nicht gelungen ist, die Wirtschaftlichkeit herzustellen. Von ihm unterbreitete Angebote zur Unterstützung wurden seitens der Zukunftswerkstatt bisher nicht genutzt.

Beschluss:

Der Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 4 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

Bemerkungen:

Änderung SGB II

Den Ausschussmitgliedern wird die von der Verwaltung erarbeitete Synopse zur Änderung des SGB II ausgehändigt. Zu den wichtigsten Änderungen gehören:

- Erschwernis des Auszugs junger Erwachsener aus der elterlichen Wohnung
Die Verwaltung informiert, dass sie den im Gesetz festgesetzten Stichtag 17.02.2006 ignoriert hat, da die Umsetzbarkeit nicht möglich war. Es wurde sich deshalb dazu verständigt, die neue Regelung ab 01.04.2006 anzuwenden.
- Einbeziehung junger Erwachsener (U 25) in die Bedarfsgemeinschaft der Eltern ab 01.07.2006
- Einheitliche Regelleistung ab 01.07.2006 in Höhe von 345 Euro
- Übernahme von Mietschulden
Vom Gesetzgeber vorgesehen ist die Übernahme der Aufgabe durch die ARGE. Aufgrund der im Amt für Soziales und Wohnen vorhandenen Erfahrungswerte im Umgang mit Räumungsklagen soll die Aufgabe nach noch ausstehender Zustimmung der Behördenleitung vorerst weiter im Amt für Soziales und Wohnen wahrgenommen werden.

Regionale Zielvereinbarung

Der Abschluss der regionalen Zielvereinbarung zwischen der Agentur Schwerin, der Landeshauptstadt Schwerin und der ARGE Schwerin wird für den 20.04.2006 angekündigt. Ziel der Landeshauptstadt Schwerin ist es, für Schwerin die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Umfang der Ergebnisse des 2. Halbjahres 2005 halten zu können.

KdU

Die Verwaltung informiert über vorliegende Widerspruchsverfahren. Nach Rücksprache mit den Wohnungsunternehmen kann aber die dort immer wieder aufgestellte Behauptung, es sei kein entsprechender Wohnraum vorhanden, entkräftet werden.

Die Verwaltung sichert zu, den Betroffenen in diesen Fällen Hilfestellung zu geben.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Informationen zur Kenntnis.

zu 5 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss

zu 5.1 Schwerin Card Vorlage: 00885/2005

Bemerkungen:

Dem Ausschuss liegt der Änderungsantrag der Fraktion Linkspartei.PDS vor. Frau Sembritzki als Mitglied der Fraktion erläutert dazu, dass es Ziel ist, die Schwerin-Card zu erhalten, aber die Anspruchsvoraussetzungen modifiziert werden sollen. Sie soll nur noch Personen zugute kommen, die Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder dem Wohngeldgesetz erhalten.

Herr Meslin als Mitglied der SPD-Fraktion informiert über die Überlegungen seiner Fraktion, die Schwerin-Card nur noch für Bedürftige auszureichen, die Leistungen nach dem SGB II und SGB XII erhalten. Der Erhalt von Wohngeld setzt seiner Ansicht nach nicht automatisch Bedürftigkeit voraus. Ein gleichzeitig mit den Bescheiden verschickter Ausweis (ähnlich wie bei den Rentenbescheiden) soll die Leistungsempfänger ohne Antragstellung zum Erhalt der Schwerin-Card berechtigen. Die Verwaltung begrüßt diese Idee, die aber aufgrund der verwendeten unterschiedlichen und sehr starren Programme nicht umsetzbar sein wird.

Es folgt eine ausführliche Diskussion, in deren Ergebnis zunächst der im Entwurf vorliegende Änderungsantrag der SPD-Fraktion zurückgezogen wird. Im Anschluss daran stimmen die Ausschussmitglieder dem Änderungsantrag der Fraktion Linkspartei.PDS mehrheitlich (8/1/0) zu.

Beschluss:

Dem Änderungsantrag der Linkspartei.PDS wird mehrheitlich zugestimmt. Die Vorlage der Verwaltung „Schwerin-Card“ (DS 00885/2005) wird abgelehnt.

zu 5.2 Leistungsentgeltvereinbarungen für die Kindertagesbetreuung für das Jahr 2006 Vorlage: 01036/2006

Bemerkungen:

Die Leiterin des Amtes für Jugend, Schule, Sport und Freizeit, Frau Heike Seifert, erläutert die Vorlage. Sie informiert darüber hinaus, dass der Jugendhilfeausschuss in seiner gestrigen Sitzung der Vorlage einstimmig zugestimmt hat.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder stimmen der Vorlage ohne Änderung einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

zu 6 Sonstiges

Bemerkungen:

Herr Pawlitzok bittet darum, in der nächsten Ausschusssitzung über die Arbeit des Seniorenbeirates berichten zu können.

Herr Baumotte kündigt für die nächste Ausschusssitzung die Vorstellung des Strategiepapiers des Behindertenbeirates an.

Es wird sich darauf verständigt, für beide Themen den Zusatztermin des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 27.04.2006 zu nutzen. An welchem Ort die Sitzung stattfinden wird, ist der Einladung zu entnehmen.

Die planmäßig für den 11.05.2006 vorgesehene Sitzung wird auf den 18.05.2006 verschoben.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführer